Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 29

Artikel: Europaregion Alpen - Zukunft ohne EU?
Autor: Siegrist, Dominik
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652030

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dominik Siegrist

Europaregion Alpen - Zukunft ohne EU?

Am 20. Februar 1994 wurde in der Schweiz die Alpen-Initiative angenommen. Wie keine Abstimmungsvorlage aus dem sozial-ökologischen Lager zuvor hat der Erfolg dieser Initiative, die den Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr zum Ziel hat, die europapolitischen Diskussionen in der Schweiz und in den angrenzenden Nachbarländern verändert. Die Annahme der Alpen-Initiative zwingt nicht nur das Transitland Schweiz zu einer Neuorientierung in der Verkehrspolitik. Auch im gesamteuropäischen Kontext sind unterdessen Fronten aufgebrochen, die ein mittel- und langfristiges Umdenken in der europäischen Transitpolitik erstmals als realistisch erscheinen lassen.

Was im Vorfeld der Abstimmung und vor dem Hintergrund des negativen EWR-Volksentscheids vom Dezember 1992 als Neuauflage helvetischen Kleinkrämertums beargwöhnt und als erneute Beschwörung des überkommenen „Gotthard-Mythos" (Weltwoche, 10.2.1994) abgetan wurde, entpuppte sich im Gegenteil als umweltpolitisch motivierter Entscheid, der keineswegs in erster Linie durch isolationistische Orientierungen und Interessengruppen getragen wurde. Und statt der zitierten Réduit-Ideologie war es vielmehr der klassische Alpenmythos, welcher neben den umweltpolitischen Argumenten zum Abstimmungserfolg beigetragen hat. Es ist äusserst bemerkenswert, wie es dabei gelang, diese ästhetisch inspirierte alpenmythische Sichtweise, welche die bürgerlich-urbanen Klassen sowie Schichten seit der Industrialisierung prägte und welche auf die aufklärerische frühe Alpenbegeisterung des 18.Jahrhunderts zurückgeht, in eine progressive sozial-ökologische Richtung zu wenden.

Das Ja zur Alpen-Initiative ist Ausdruck eines wachsenden Problembewusstseins der betroffenen Bevölkerung im Alpenraum. Dass es sich dabei in der Schweiz um eine zentrale Weichenstellung in der Verkehrsfrage handelt, liegt auf der Hand. Die Abkehr vom Mobilitäts- und Wachstumswahn, von der Totalvermarktung der Freizeit und Erholung, ist allerdings nicht nur für die Alpenregion von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Metropolen. Die europäische Integration, so wie sie von der EU gegenwärtig vorangetrieben wird, setzt mit dem Konzept der „Transeuropäischen Netze" (TEN) nochmals auf einen massiven Ausbau des europäischen Hochleistungsstrassen-Netzes. Geplant sind gegenwärtig Tausende von Kilometern neuer Autobahnen, wobei auch die Strassen-Transitkapazität durch die Alpen massiv erhöht werden soll. Auf der anderen Seite verliert die Entlastung des Strassenverkehrs durch den Schienentransport kontinuierlich an Gewicht (von der desaströsen NEAT-Planung hier mal ganz zu schweigen).

Durch die ökologische Sensibilisierung im Berggebiet kommt der Alpen-Initiative Modellcharakter zu. Obwohl sich in den Alpenregionen entlang allen wichtigen Transitachsen der Widerstand in der Bevölkerung gegen den

zunehmenden Verkehr bereits seit Jahren formiert hat, hätten die Stimmen aus den Bergkantonen allein für eine Annahme der Initiative gesamtschweizerisch nicht ausgereicht. Damit die Abstimmung erfolgreich sein konnte, war die Alpen-Initiative auf ein Bündnis zwischen Berggebiet (Peripherie) und Unterland (Metropolen) angewiesen. Dies ist eine Tatsache, derer sich die InitiantInnen dieser ersten sozial-ökologischen Volksinitiative in der Schweiz, die im Berggebiet lanciert wurde, zum vorneherein bewusst waren. Diese Erfahrungen werden in den nächsten Jahren eine dynamische Basis dafür bilden, um das Bündnis zwischen sozial-ökologischen Kräften in der Alpenregion und in den Metropolen auch über die Schweiz hinaus weiterzuverfolgen, zum Beispiel in der Opposition gegen die gegenwärtige Energiepolitik oder in der Agrarpolitik.

Welche Impulse und Fragen ergeben sich für die Perspektive einer *sozial-ökologischen Europaregion Alpen*? Vieles deutet darauf hin, dass sich aus dem wachsenden ökologischen Bewusstsein (über Folgeprobleme von Transitverkehr, Energienutzung, Tourismus, Landwirtschaft) eine Art übergreifender Problem-Identifizierung und -Wahrnehmung ausgebildet hat. Ein deutlicher Hinweis darauf ist die starke Zunahme von Initiativen und Gruppen im gesamten Alpenraum zu regionalen Fragen vor Ort. Der ökologisch-sozialen Ausprägung solcher Ansätze eines neuen, alpenweiten Regionalismus ist angesichts des Vordringens einer rechten, isolationistischen Politik in verschiedenen Alpenregionen (FPÖ in Oesterreich, Lega in Norditalien und im Tessin) besondere Beachtung zu widmen. Entscheidend wird dabei allerdings sein, dass diese regionale Identität nicht von aussen lokalen Widerstandsgruppen gegen Grossprojekte übergestülpt und ersten Ansätzen alpenweiter Vernetzung aufgezwungen werden kann. Vielmehr sollten sozial-ökologische wie territoriale Regionskonzepte im Rahmen von Kommunikation und Politik der Gruppen und Projekte in den Alpen eigenständig artikuliert werden. Eine solche Vorgehensweise setzt sich bewusst von der traditionellen Idee des Alpenschutzes ab, welche der Bevölkerung oftmals ihre Naturschutzvorstellungen aufdrängte, ohne nach den spezifischen regionalen Gegebenheiten zu fragen. Die Alpen sind kein „Sonderfall", sondern wenn schon „Modellregion" für eine ökologische und dezentrale Entwicklung in Europa; diese Vorbildfunktion erkannte Werner Bätzing bereits in den 80er Jahren.[1] Das muss jenen entgegengehalten werden, welche den Alpenschutz vorantreiben, um gleichzeitig anderswo - sei es in den städtischen Agglomerationen oder in der Dritten Welt - freiere Hand bei umweltzerstörerischen Grossprojekten zu behalten.

Politische Überlegungen zu den Alpen als Modellregion in einem „Europa der Regionen" kommen um eine Debatte über den Ethnozentrismus nicht herum. Linke und grünalternative Positionen, die für eine grössere regionale Selbstbestimmung und Autonomie eintreten, sehen sich thematisch in einem umkämpften Feld mit rechtspopulistischen und neofaschistischen Bewegungen. Jörg Haider und seine FPÖ beispielsweise vertreten ein Programm für ein zukünftiges dezentrales Europa und nehmen darin manche Elemente

einer linksföderalistischen Konzeption auf. Dazu gehört die Kontrolle der europäischen Regierung durch ein voll funktionsfähiges und kompetentes europäisches Parlament, das regionale Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof, die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und die Stärkung der Entscheidungskompetenz in den Regionen, wobei auch eine europäische Verfassung ins Auge gefasst wird.[2]

Auf der linken und sozialökologischen Seite vertritt Bruno Luverà[3] auf den ersten Blick eine durchaus vergleichbare föderalistische Position: Wenn man davon ausgehe, dass die Mehrheit der heutigen Nationalstaaten gleichzeitig zu gross und zu klein sei - zu gross, um eine wirkungsvolle BürgerInnenbeteiligung zu gewährleisten, zu klein, um auf die transnationalen Fragen Antworten zu geben - und dass der starke zentralistische Charakter des europäischen Einigungsprozesses unbedingt zu korrigieren sei, dann ist „die Alternative zu einem Superstaat Europa ohne europäische Nationalgefühle ein Europa der Regionen" (ebd.). Als politisch-administratives Kernstück greift Luverà die Idee einer zweiten Kammer für das Europa-Parlament auf, welche die Stellung der Regionen stärken könnte.

In ihrer autonomiepolitischen Ausrichtung ähneln sich die Strategien der regionalistischen Linken und Rechten oft erstaunlich. Inhaltlich aber werden die Unterschiede zwischen Haider und Luverà klar erkennbar, wenn wir uns etwa die Ethnopolitik genauer ansehen: Der Kärntner Rechtspopulist betont das „kollektive Heimatrecht" derjenigen, die „ortsgebunden ihre geistig-kulturellen Wurzeln in einer bestimmten Region haben". Haider spricht von „örtlicher Sesshaftigkeit", welche für seit langer Zeit in einer Region ansässige Volksgruppen den Minderheitenstatus erlaube. Die heutige Immigration sieht Haider jedoch unter „anderen Gesichtspunkten" und verlangt, dass sich die Einwanderer der „Kultur" und dem „gesellschaftlichen Leben" der Alpenregionen anzupassen und die „Assimilation" zu leisten hätten.[4]

Auf der ethnopolitischen Ebene ginge es also darum, den isolationistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen auch in den Alpenregionen Zeichen der grenzüberschreitenden Offenheit und der praktischen Solidarität mit Zuwandernden entgegenzusetzen. In diesem Sinne zeichnet Bruno Luverà am Beispiel der autonomen italienischen Provinz Südtirol ein multikulturelles Modell, in dem sich die Autonomie, die zunächst als ein System des Minderheitenschutzes konzipiert worden war, zu einem differenzierten Regelungswerk entwickelt hat. Gleichzeitig warnt er vor einem noch vagen und „potentiell nationalistischen und revanchistischen" Projekt einer „Europaregion Tirol", welche letztlich auch mit der Wiedervereinigung von Nord- und Südtirol liebäugelt. Ein wegweisendes Szenario wäre für Luverà vielmehr eine „Alpenregion Tirol" in einem übergreifenden Projekt eines „Europa der Regionen".

Der Vorschlag von Luverà weist auf ein vielfältiges Geflecht regionaler Einheiten, zu welchem im Alpenraum etwa auch Regionen wie das Wallis oder Rhône-Alpes gehören würden. Gemeinsam könnten diese Teilregionen eine übergeordnete Grossregion Alpen bilden, welche als entscheidungsfä-

hige Instanz, aber ohne die bestehenden nationalstaalichen Grenzziehungen anzutasten, politisch und administrativ zwischen Nationalstaatlichkeit und EU stünde. Die jüngst in Kraft getretene Alpenkonvention, die von den acht Alpenländern und der EU unterzeichnet, aber bislang noch nicht von allen beteiligten Staaten ratifiziert wurde, könnte einen ersten Schritt in diese Richtung darstellen. Als Hindernis auf dem Weg zu einer wirkungsvollen Umsetzung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle erweist sich jedoch die Tatsache, dass Österreich unlängst der EU beigetreten ist. Die Probleme zeigen sich zurzeit besonders beim Verkehrsprotokoll, welches vom Transitland Österreich abgelehnt wird. Die Schweiz wiederum ist trotz Verfassungsauftrag durch die Alpen-Initiative nicht bereit, die Österreicher in ihrer konsequenten Haltung zu unterstützen, weil sie Retorsionsmassnahmen seitens der EU befürchtet.

Unter den grösseren Alpenländern ist neben der Schweiz gegenwärtig nur noch Slowenien nicht Mitglied in der EU. Im Hinblick auf eine zukünftige Europaregion Alpen stellt sich somit verstärkt das Problem der Brüsseler Dominanz. Ob eine gemischte Europaregion Alpen mit der EU einmal verhandelbar sein wird, lässt sich zur Zeit nur schwer abschätzen. Als mindestens ebenso wichtig wie die Frage des EU-Beitrittes erweisen sich deshalb heute die *transalpinen Vernetzungsanstrengungen* unter den *sozialen, ökologischen und kulturellen Kräften*. Manche beneiden dabei die sozial-ökologische Opposition im Nichtmitgliedsland Schweiz, welche dank direktdemokratischer Rechte umweltpolitisch wegweisende Volksentscheide erzwingen kann. Als Element der anzustrebenden Föderalisierung und Demokratisierung in einem „Europa von unten" besitzen diese direktdemokratischen Instrumente auch Modellcharakter im Rahmen einer zukünftigen europäischen Region „Alpen".

Anmerkungen

1 Werner Bätzing: Der Alpenraum als Vorreiter einer ökologischen Wende in Europa? In: Kommune 9/1989, 50ff., sowie: Werner Bätzing et al.: Der sozio-ökonomische Strukturwandel des Alpenraumes im 20.Jahrhundert. Eine Analyse von Entwicklungstypen auf Gemeinde-Ebene im Kontext der europäischen Tertiärisierung. Bern 1993.

2 Jörg Haider: Europa der Regionen, Graz 1993, 50ff. Vgl. dazu W. Schiedel in diesem Heft.

3 Bruno Luverà: Europaregion Tirol oder Europaregion Alpen? Über Probleme des Ethnozentrismus in einem Europa der Regionen. In: Kommune 12/1994, 35ff.

4 Vgl. J. Haider: Europa der Regionen. 50ff.